

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine und das damit verbundene Interesse an den Positionen der FREIEN WÄHLER Baden-Württemberg. Gerne nehmen wir hierzu Stellung und beantworten die Fragen im Folgenden strukturiert und nachvollziehbar.

Für uns steht im Vordergrund, Bibliotheken als zentrale Orte von Bildung, Kultur, Information und gesellschaftlicher Teilhabe zu stärken. Insbesondere dort, wo sie für gleichwertige Lebensverhältnisse und niedrigschwellige Angebote unverzichtbar sind. Dabei legen wir Wert auf praxistaugliche Lösungen, kommunale Umsetzbarkeit und einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln.

Frage 1: Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Bibliotheken im ländlichen Raum als Orte der Bildung, Kultur und des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu stärken?

Wir FREIE WÄHLER sehen Bibliotheken im ländlichen Raum als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge: Sie sind Lernort, Kulturträger und niedrigschwelliger Treffpunkt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass ländliche Bibliotheken verlässlich gestärkt werden. Nicht über Einmalprojekte, sondern über praxistaugliche Strukturen:

- Kommunen unterstützen: bessere Unterstützung bei Betrieb, Personal und zeitgemäßer Ausstattung (inklusive digitaler Angebote)
- Regionale Kooperationen fördern: z. B. gemeinsame Medienbestände, Fahrbibliotheken, Verbundlösungen
- Partnerschaften systematisch ausbauen: Einbindung in Bildungs- und Kulturpartnerschaften vor Ort (Kitas, Schulen, Vereine)
- Digitale Infrastruktur flankieren: damit moderne Bibliotheksangebote überall zugänglich sind

So wird der ländliche Raum nicht abgehängt, sondern gewinnt an Bildungs- und Lebensqualität.

Frage 2: Wie wird Ihre Partei das Landesförderprogramm zur Verbesserung der Bibliotheksversorgung im ländlichen Raum weiterentwickeln und wie soll die Finanzierung nach dem Jahr 2026 sichergestellt werden?

Gerade weil kommunale Haushalte angespannt sind, wollen wir die Bibliotheksversorgung im ländlichen Raum durch praxistaugliche Landesförderung und Kooperationen absichern, ohne den Kommunen neue dauerhafte Belastungen aufzubürden. Wir FREIE WÄHLER wollen das Landesförderprogramm so weiterentwickeln, dass es im ländlichen Raum dauerhaft Wirkung entfaltet und Kommunen es ohne Fördermittel-Bürokratie nutzen können.

Dazu gehören aus unserer Sicht:

- Mehrjährige Förderlinien statt reiner Einmalimpulse
- Vereinfachte Antrags- und Nachweisverfahren
- Klare Ausrichtung auf wirksame Maßnahmen, die die Versorgung tatsächlich verbessern
- Absicherung über Landesförderung & Kooperationen, statt neue dauerhafte Kommunallasten
- Regelmäßige Wirkungsprüfung (z. B. Reichweite, Ausleihen/Nutzung, Kooperationseffekte), damit Mittel zielgerichtet eingesetzt werden

So verbinden wir kommunale Stärkung und Bildungsinfrastruktur mit verantwortungsvollem Mitteleinsatz und realistischen Umsetzungswegen.

Frage 3: Bibliotheken sind zentrale Bildungspartner von Kitas und Schulen. Was wird Ihre Partei dafür tun, die frühe Leseförderung durch Bibliotheken mit einer Landesoffensive auszubauen?

Wir FREIE WÄHLER wollen frühe Leseförderung systematisch stärken, ohne Parallelstrukturen aufzubauen. Das Land hat bereits zentrale Bausteine in der Sprach- und Leseförderung, von der frühkindlichen Förderung (z. B. KOLIBRI, SprachFit) bis zu verbindlichen Elementen in der Grundschule (u. a. landesweit eingeführtes Lesetraining mit regelmäßigen Lesezeiten).

Unser Ansatz ist, diese Strukturen konsequent mit Bibliotheken zu verzahnen und damit eine „Landesoffensive“ als Kooperations- und Qualitätsinitiative umzusetzen:

- Verlässliche Bildungspartnerschaften zwischen Kitas/Grundschulen und Bibliotheken (standardisierte, praxistaugliche Kooperationsmodelle statt Projekt-Zufall).
- Niedrigschwellige Unterstützung für Kommunen und Träger vor Ort (z. B. Medienkisten/Startbestände, Bibliotheksausweis-Start, Vorlese- und Klassenangebote), mit Fokus auf ländliche Räume und Kooperationen.
- Ehrenamt und zivilgesellschaftliche Initiativen (Vorlesepatenschaften, Vereine, Stiftungen) sollen gezielt eingebunden werden. Als Ergänzung, nicht als Ersatz für professionelle Arbeit.
- Ergänzend denken wir Leseförderung und Medienkompetenz „von Kindesbeinen an“ zusammen: Lesen, Verstehen und souveräner Umgang mit Informationen gehören in einer digitalen Welt zusammen.

Wichtig ist uns dabei: Maßnahmen sollen wirksamkeitsorientiert geplant werden (z. B. Teilnahmequoten, Reichweite, nachhaltige Kooperationen), damit Ressourcen dort ankommen, wo sie für Kinder wirklich den größten Nutzen bringen.

Frage 4: Schulbibliotheken sind wichtige Lernorte in Schulen, die den Unterricht ergänzen und begleiten. Was wird Ihre Partei dafür tun, Schulbibliotheken in Baden-Württemberg auszubauen und zu fördern?

Schulbibliotheken sind für uns ein praktischer Hebel, um Lesekompetenz, Medienkompetenz und selbstständiges Lernen im Schulalltag zu stärken. Wir FREIE WÄHLER setzen deshalb auf einen Ausbau, der Schulen unterstützt, ohne neue Bürokratielasten zu schaffen:

- Mindeststandards und Planungssicherheit: Schulbibliotheken sollen als Lernort in Schulentwicklungsplanung und Ganztagskonzepte systematisch mitgedacht werden. Mit klaren, praxistauglichen Standards (Raum, Grundbestand, digitale Zugänge), die Schulen umsetzen können.
- Digitale Ausstattung und verlässlicher Betrieb: Moderne Schulbibliotheken brauchen stabiles Internet, digitale Endgeräte/Bestandsverwaltung und vor allem funktionierenden IT-Support, damit Lehrkräfte nicht zu Systemadministratoren werden.
- Kooperation statt Insellösungen: Wo es sinnvoll ist, sollen Schulen mit kommunalen Bibliotheken zusammenarbeiten (gemeinsame Bestände/Verbundzugänge, abgestimmte Angebote, mobile Lösungen), besonders im ländlichen Raum.
- Teilhabe und Barrierefreiheit: Schulbibliotheken müssen Lernmaterialien auch barrierearm zugänglich machen (z. B. Hörbücher, geeignete Medienformate), damit sie für alle Schülerinnen und Schüler funktionieren.

Damit unterstützen wir Schulen konkret dabei, Bildung modern, lebensnah und kindgerecht umzusetzen und Medienkompetenz früh zu verankern, mit Augenmaß und umsetzbaren Strukturen.

Frage 5: Bibliotheken sind mit ihren Bildungs- und Kulturangeboten natürliche Partner der Schulen bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung. Wie wird Ihre Partei die Einbindung von Bibliotheken als außerschulischer Partner in die Ganztagesbildung und -betreuung vorantreiben und unterstützen?

Wir FREIE WÄHLER wollen die Einbindung von Bibliotheken in den Ganzttag nicht neu erfinden, sondern auf den bestehenden Rahmenvereinbarungen aufbauen, die in Baden-Württemberg weiterhin als Kooperationsgrundlage genutzt werden, insbesondere auf der Rahmenvereinbarung zur Zu-

sammenarbeit von Schulen, Kindertageseinrichtungen und Bibliotheken sowie der Rahmenvereinbarung der Kooperationsoffensive Ganztagschule. Darauf aufbauend wollen wir die Umsetzung vor Ort praxistauglich vereinfachen, Kooperationen verlässlich in Ganztagskonzepte integrieren und insbesondere im ländlichen Raum flexible Verbund- und mobile Lösungen stärken.

Konkret setzen wir auf:

- Umsetzung erleichtern statt Papier erhöhen: landesweit praxistaugliche Muster (Kooperationsmodelle, Ablaufpläne, einfache Abrechnung), damit Schulen und Bibliotheken schnell ins Handeln kommen und das ohne zusätzliche Bürokratie.
- Bibliotheksangebote als festen Ganztagsbaustein etablieren: Lesezeiten/Leseclubs, Lern- und Recherchezeiten, altersgerechte Medien- und Informationskompetenzmodule. Das passt zu unserem Anspruch, Medienkompetenz früh zu stärken und Schule lebensnah zu machen.
- Kommunale Umsetzbarkeit sichern. Besonders im ländlichen Raum: Kooperationen, Verbundlösungen und bei Bedarf mobile Formate, damit Ganztag nicht an Strukturen oder Entfernungen scheitert.
- Digital zuverlässig, aber alltagstauglich: Ganztagsangebote funktionieren nur mit stabiler Infrastruktur und belastbarem IT-Support.
- Ehrenamt sinnvoll einbinden: Vorlesepatenschaften und Vereinsk Kooperationen können Angebote erweitern. Dazu gehören weniger Bürokratie und bessere Rahmenbedingungen für Engagement.

So stärken wir Ganztagsbildung mit Partnern, die bereits vor Ort verankert sind. Pragmatisch, kooperationsorientiert und realistisch umsetzbar.

Frage 6: Was wird Ihre Partei dafür tun, Medien- und Informationskompetenzförderung in Bibliotheken auszubauen, etwa im Rahmen eines landesweiten Aktionsprogramms, um Desinformation entgegenzuwirken?

Wir FREIE WÄHLER sehen Medien- und Informationskompetenz als Demokratie- und Sicherheitsfrage. Deshalb wollen wir Bibliotheken als niedrigschwellige Lernorte gezielt stärken. Nicht durch Parallelstrukturen, sondern aufbauend auf bestehenden Landesinitiativen gegen Desinformation und zur Medienbildung (u. a. Aktionsplan gegen Desinformation, MedienFokus BW/Medienbildung).

Konkret heißt das:

- Bibliotheken als Multiplikatoren verankern: In der Umsetzung des Landes-Aktionsplans gegen Desinformation sollen Bibliotheken systematisch als Partner für „Aufbereitung und Vermittlung gesicherter Informationen“ sowie für zielgruppengerechte Bildungsangebote eingebunden werden (z. B. für Jugendliche, Eltern, Seniorinnen und Senioren).
- Praxisprogramme statt Imagekampagnen: Ein landesweit skalierbares Format aus modularen Angeboten (z. B. „Faktencheck im Alltag“, „Quellen prüfen“, „KI & Deepfakes erkennen“, „Sicher im Netz“), mit einfachen Förderbausteinen für lokale Bibliotheken und Kooperationen mit LMZ/LFK und weiteren Partnern der Medienbildung.
- Qualifizierung & Materialzugang: Fortbildungen für Bibliothekspersonal und sofort nutzbare, qualitätsgesicherte Materialien, damit Angebote nicht von Einzelpersonen abhängen.
- Wirkungsorientierung: Schwerpunkt auf messbaren Effekten (Reichweite, Zielgruppen, wiederkehrende Teilnahme, Kooperationen), damit begrenzte Mittel dort eingesetzt werden, wo sie nachweislich Resilienz gegen Desinformation erhöhen.

Damit setzen wir die Linie unseres Programms um: mehr Medienkompetenz von Kindesbeinen an, digitale Sicherheit und Aufklärung. Bürgernah, realistisch und ohne ausartende Bürokratie.

Frage 7: Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Bibliotheken als niedrigschwellige Orte der Begegnung und Teilhabe die Möglichkeit haben, auch sonntags für die Bürgerinnen und Bürger zu öffnen?

Bibliotheken sind für uns Orte der Teilhabe, Bildung und Begegnung. Gerade für Menschen, die unter der Woche wenig Zeit haben.

Deshalb unterstützen wir, dass öffentliche Bibliotheken die Möglichkeit erhalten, sonntags zu öffnen. Allerdings ohne Pflicht für Kommunen und unter fairen Bedingungen für Beschäftigte.

Dabei ist wichtig, ehrlich zu bleiben: In vielen Fällen scheitert Sonntagsöffnung heute nicht am Willen vor Ort, sondern an arbeitszeit- und feiertagsrechtlichen Rahmenbedingungen.

Unser Ansatz ist daher dreistufig:

1. Bundesrecht pragmatisch modernisieren: Wir setzen uns dafür ein, dass das Arbeitszeitrecht so angepasst wird, dass öffentliche Bibliotheken bundesweit rechtssicher sonntags öffnen dürfen, so wie es Städte und Bibliotheksverband seit Längerem fordern.
2. Bis dahin. Rechtssichere, kommunalfreundliche Übergangslösungen nutzen: Wo Sonntagsöffnung vor Ort gewünscht ist, sollen Kommunen und Bibliotheken klarere, praxistaugliche Hinweise bekommen, wie bestehende Ausnahmemöglichkeiten im Landesrecht rechtssicher angewendet werden können.
3. Faire Umsetzung statt Symbolpolitik: Sonntagsöffnung darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Wir stehen für Lösungen, die freiwillig, tarif-/arbeitszeitkonform und organisatorisch realistisch sind. Beispielsweise begrenzte Öffnungszeiten, rotierende Teams oder „Open-Library“-Modelle dort, wo sie sicher funktionieren.

Das passt zu unserem Grundsatz: Teilhabe praktisch ermöglichen, aber mit verantwortungsvollem Mitteleinsatz und ohne neue Bürokratie.

Frage 8: Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken als Akteure genutzt werden, um gesellschaftliche Kompetenzen im Umgang mit KI zu fördern?

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass Baden-Württemberg bei Zukunftstechnologien nicht nur „entwickelt“, sondern dass die Menschen im Land diese Technologien verstehen und souverän nutzen können. Künstliche Intelligenz gehört deshalb für uns in Bildung und Alltagskompetenzen. Bibliotheken sind dafür geeignete, niedrighschwellige Orte: neutral, öffentlich zugänglich, mit Bildungsauftrag und hoher Reichweite.

Statt neue Parallelprogramme aufzubauen, setzen wir auf Vernetzung und Skalierung bestehender Strukturen in Baden-Württemberg, z. B. Informationsangebote des Kultusministeriums zu KI-Kompetenz, den Medienzentrenverbund (LMZ), MedienFokus BW sowie Angebote der Landeszentrale für politische Bildung und weiterer Partner.

Konkret heißt das:

- Bibliotheken als „KI-Kompetenz-Hubs“ vor Ort nutzbar machen: mit modularen, wiederholbaren Formaten. Für Jugendliche, Eltern, Seniorinnen und Senioren sowie Vereine.
- Kooperationen systematisch erleichtern: Bibliotheken sollen vorhandene Angebote/Materialien von LMZ/MedienFokus/LpB und wissenschaftlichen Akteuren (z. B. Cyber Valley/KI-Ökosystem) leichter „in die Fläche“ bringen können, über einfache Kooperationsmodelle statt Förderbürokratie.
- Qualifizierung und Praxismaterial für Beschäftigte: Damit Qualität nicht von Einzelpersonen abhängt, unterstützen wir Fortbildungen und praxistaugliche Toolkits für Bibliotheksteams, inklusive verständlicher Leitlinien zu Datenschutz, Transparenz und sicherer Nutzung.

Passend zu unserem Ansatz: Digitalisierung muss dem Menschen dienen und braucht klare Aufklärung. So stärken wir Bibliotheken als praktische Bildungsakteure für KI-Kompetenz in der Breite: bürgernah, realistisch umsetzbar, vernetzt mit bestehenden Landesstrukturen.

Frage 9: Bibliotheken können einen großen Beitrag zum Erhalt wichtigen Kulturguts

leisten. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Programme der Koordinierungsstelle für den Erhalt schriftlichen Kulturguts (KEK) dauerhaft finanziert werden und dass auch Bibliotheken, die den Eigenanteil an KEK-Projekten nicht stemmen können, Restaurierungsvorhaben im Rahmen des Landesrestaurierungsprogramms durchführen können?

Bibliotheken leisten einen zentralen Beitrag zum Erhalt unseres schriftlichen Kulturerbes. Von historischen Handschriften bis zu unikalen Regionalbeständen. Wir FREIE WÄHLER wollen diesen Originalerhalt gezielt und wirksam unterstützen: Kultur und kulturelle Infrastruktur verdienen Rückhalt, gleichzeitig muss der Mitteleinsatz nachvollziehbar, priorisiert und überprüfbar bleiben.

- Dauerhafte Finanzierung der KEK-Programme (Bund-Länder-Struktur realistisch nutzen)
Die KEK ist als Bund-Länder-Instrument etabliert; ab 2026 wird der Originalerhalt über das neue, gebündelte Förderprogramm „Schriftliches Kulturgut erhalten“ fortgeführt. Wir setzen uns dafür ein, dass Baden-Württemberg diese Bund-Länder-Förderlogik mitträgt, in den zuständigen Haushalts- und Fachprozessen verlässlich berücksichtigt und sich gegenüber Bund/Kulturstiftung der Länder dafür starkmacht, dass diese Programme planbar und zugänglich bleiben.
- Wenn Bibliotheken den KEK-Eigenanteil nicht leisten können: Landesrestaurierungsprogramm als „Brücke“ ausbauen. Gerade finanzschwächere Träger dürfen nicht strukturell ausgeschlossen werden. Baden-Württemberg verfügt mit dem Landesrestaurierungsprogramm und dem Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut (IfE) bereits über ein bundesweit herausragendes Fundament. Darauf wollen wir aufbauen: Für Bibliotheken, die KEK-Eigenanteile nicht stemmen können, braucht es im Landesrestaurierungsprogramm praktikable Wege, Restaurierungsvorhaben dennoch zu ermöglichen. Etwa über flexible Kofinanzierungsmodelle nach Finanzkraft, Härtefall-/Sockelanteile, die Anerkennung von Verbundlösungen (gemeinsame Maßnahmen mehrerer Einrichtungen) und die Nutzung vorhandener Infrastrukturleistungen (z. B. IfE-Kapazitäten) als Teil der Gesamtfinanzierung. Ziel ist: nicht mehr Versprechen, sondern weniger Hürden für nachweislich wichtige Bestände.
- Prioritäten, Wirkung und Prävention statt Symbolpolitik
Damit das seriös und haushalterisch verantwortbar bleibt, knüpfen wir das an klare Priorisierung (Schadenslage, Einzigartigkeit, Nutzungs-/Forschungsrelevanz, Risiko durch Lagerung/Material), eine Wirkungs- und Qualitätskontrolle sowie einen stärkeren Fokus auf präventive Bestandserhaltung (z. B. Verpackung, Klima, Entsäuerung), weil sie dauerhaft günstiger ist als reine „Reparaturpolitik“. Das entspricht unserem Anspruch, öffentliche Mittel gezielt einzusetzen und nachvollziehbar zu steuern.